



Karin Kortmann

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

bei meinem letzten Besuch in Afghanistan besuchte ich u.a. ein Projekt, das das Bundesentwicklungsministerium im Norden des Landes—in Kunduz —aufgebaut hat: Radio Zora, ein Radiosender von Frauen für Frauen. Frauen, die fast ein Vierteljahrhundert ganz besonders unter der Taliban-Herrschaft und dem Krieg zu leiden hatten: Sie durften keine Schule besuchen, sie wurden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, wurden auf das Haus beschränkt und trauten sich nur unter der Burka verhüllt auf die Straße. Mit Radio Zora bekamen die Frauen wieder eine Stimme. Sie konnten über die gesellschaftlichen Veränderungen, über Erziehungsfragen, über Dinge, die sie und andere berühren, sprechen. Ihr Sender hat wieder Kommunikation ermöglicht, wo vorher Angst und Schrecken regierten.

Das ist ein Beispiel für viele hunderte gelungener Projekte unserer Aufbau-bemühungen in Afghanistan seit 2002. Wir bauen Schulen, bilden Lehrerinnen und Lehrer aus, sorgen für Energie- und Wasserversorgung. Wir unterstützen Rückkehrerinnen und Rückkehrer, mit ihren Erfahrungen am Aufbau teilzunehmen, und sorgen für wirtschaftliche Entwicklung.

Insgesamt wurden bisher 900 Mio. Euro für den zivilen Aufbau bereitgestellt. Gut investiertes Geld, das Hoffnung unterstützt, Armut bekämpft und Frieden sichern hilft.

Vom Frieden ist Afghanistan leider noch weit entfernt. In diesem Jahr sind bereits 20% mehr Anschläge als im Vorjahr zu verzeichnen. Die heimtückischen Selbstmordattentäter, die sich und Andere in Bussen und auf Straßen in die Luft sprengen, sind eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft und verbreiten wieder Unsicherheit und Angst.

Der Aufbau der afghanischen Armee und die Ausbildung der Polizei gehen voran. Das Ziel der internationalen Staatengemeinschaft ist es, die Sicherheitsaufgaben stärker in die Hände der Afghanen zu übertragen. Deshalb engagiert sich die Bundesregierung auch besonders in der Polizeiausbildung. Hier ist aber ein deutlich intensiveres Engagement notwendig als bisher und ich fordere die Bundesländer auf, sich an dieser Gemeinschaftsaufgabe stärker zu beteiligen.

Heute morgen habe ich im Deutschen Bundestag der Verlängerung des ISAF-Mandates zugestimmt. Das Land und die Menschen brauchen Sicherheiten, die sie sich alleine noch nicht garantieren können. Die Verpflichtungen, die wir bei den Petersberg-Konferenzen eingegangen sind, umfassen militärische und polizeiliche Sicherheit, ebenso wie umfassendes ziviles Engagement. Beides ist notwendig.

Karin Kortmann, MdB